

Einbürgerung nach religiöser Zugehörigkeit

Ran Cohen leitet die Abteilung Migranten & undokumentierte Menschen bei den Ärzten für Menschenrechte - Israel. Er lebt in Tel Aviv

Tsafrir Cohen ist Repräsentant von medico international in Palästina & Israel. Beheimatet in Berlin, lebt er zu Zeit in Ostjerusalem



Von Migranten und Flüchtlingen in Israel

Im Gegensatz zu der großen Anzahl von Staaten, deren Einwanderungspolitik auf verschiedenen Kriterien basieren, etwa dem tatsächlichen Lebensmittelpunkt, dem Bildungsstand, dem Alter beziehungsweise den Sprachkenntnissen, führt der Staat Israel eine sehr starre Immigrations- und Einbürgerungspolitik. Diese sieht eine Einwanderung und Einbürgerung nur aufgrund der religiösen Zugehörigkeit vor und nimmt lediglich Juden als gleichberechtigte Staatsbürger neu auf.

Im Lauf seiner Geschichte hat Israel Millionen von jüdischen Einwanderern aufgenommen und sofort zu Staatsbürgern gemacht, beginnend mit den Immigrationswellen aus Europa der Nachkriegszeit, über die Einwanderung der Juden aus den arabischen Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens in den 50er Jahren bis zu der Aufnahme von über einer Million Juden aus der (ehemaligen) Sowjetunion während und nach deren Zusammenbruch. In den letzten Jahren jedoch muss sich Israel mit einem neuen Phänomen befassen: mit einer nichtjüdischen Immigration.

Arbeitsmigration nach Israel

Der Beginn des palästinensischen Volksaufstands, die erste Intifada im Jahr 1988 bedeutete auch den Beginn der Arbeitsmigration nach Israel. Von 1967 und bis dahin versorgten sich viele agrarwirtschaftliche Betriebe, Industrie- und Dienstleistungsbranchen mit billiger Arbeit aus den besetzten palästinensischen Gebieten. Der Ausbruch der Intifada führte zu einer Politik, die mittels Ausgangssperren, Abriegelungen und eines strengen Reiseerlaubnisregimes die Bewegungsfreiheit der Palästinenser einschränkte. Folglich sank die Zahl der in Israel beschäftigten Palästinenser stark. Ganze Branchen, vor allem der Bau und die Landwirtschaft, waren von diesen fast rechtlosen, billigen Arbeitskräften abhängig und stürzten in eine tiefe Krise. Die israelische Regierung beschloss daher, das Land für Arbeitsmigration zu öffnen. Die Migranten kamen vorwiegend aus Fernost und Osteuropa und arbeiteten auf dem Bau, in der Gastronomie, der Landwirtschaft und in der (Alten)Pflege. Diese Entwicklung fand ihren Höhepunkt in den Jahren 2002-03, als die Zahl der

Migranten bei schätzungsweise 350.000 lag, etwa fünf Prozent der israelischen Gesamtbevölkerung. Nach einer rigorosen Abschiebekampagne halten sich heute etwa 200.000, darunter viele Philippinen, Afrikaner und Chinesen, nur die Hälfte davon legal, im Land auf.

Seit den 90er Jahren ist Israel immer mehr zu einem integralen Bestandteil des reichen Nordens geworden. Es benötigt billige Arbeitskräfte und ist gleichzeitig attraktiv für Menschen aus dem Süden. Gleichzeitig werden Migranten als eine Gefahr für den Charakter des Staats und des demografischen Gleichgewichts betrachtet. Dabei geht es um die Definition Israels als „jüdischer und demokratischer Staat“. Beide Attribute sind integraler Bestandteil des israelischen Selbstverständnisses. Um beides sein zu können, muss es eine jüdische Mehrheit im Land geben: Sonst wird das Land entweder auf undemokratische Weise von einer jüdischen Minderheit beherrscht oder aber nicht mehr – mehrheitlich – jüdisch sein. In Israel selber sind 20% der Bevölkerung Palästinenser, die gleichzeitig israelische Staatsbürger sind. Fügt man die Palästinenser in den besetzten Gebiete hinzu, die schließlich seit über 40 Jahren unter israelischer Herrschaft leben, so gibt es eine hauchdünne jüdische Mehrheit in dem Gebiet, was sich aber durch die höhere Geburtenrate der Palästinenser voraussichtlich in den kommenden 5-10 Jahren umkehren wird (Dies ist der Hauptgrund dafür, dass Israel diese Gebiete schon seit über 40 Jahren ‚nur‘ besetzt hält und sie nicht offiziell annektiert).

Die israelische Immigrationspolitik bevorzugt deshalb zirkuläre Migration, die eine langfristige Perspektive im Land verhindert und stattdessen ein rigoroses

Ganze Branchen, vor allem der Bau und die Landwirtschaft, waren von diesen fast rechtlosen, billigen Arbeitskräften abhängig und stürzten in eine tiefe Krise.

Gastarbeiter- und Rotationsmodell verfolgt: Selbst wenn Migranten im Land seit Jahrzehnten leben, der Landessprache mächtig sind, deren Kinder in Israel geboren wurden und deren Lebensmittelpunkt eindeutig in Israel ist, erhalten sie keine unbegrenzte Aufenthaltsgenehmigung und müssen stets fürchten festgenommen und ausgewiesen zu werden.

Flüchtlinge und Asylsuchende

Eine weitere Immigrationswelle, die Israel und die öffentliche Debatte über das Selbstverständnis des Staats beeinflusst, ist der Zustrom von Flüchtlingen und Asylsuchenden über die lange und schlecht abgedichtete ägyptische Wüstengrenze nach Israel in den letzten beiden Jahren. Im Juni 2008 hielten sich in Israel mehr als 10.000 Flüchtlinge auf. Die Mehrzahl kommt aus Eritrea (4.000) und dem Sudan (3.500, darunter 900 Über-

lebende aus Darfur). Jeweils mehrere Hundert Flüchtlinge aus dem Kongo und der Elfenbeinküste erhalten zeitweiligen Gruppenschutz, da beide Länder als „Krisenländer“ definiert werden. Geringere Zahlen kommen aus Birma, Nigeria und Liberia, und es gibt auch einzelne Asylsuchende aus dem Irak, dem Iran, Ägypten und dem Libanon.

Das Israel der Nachkriegszeit war einer der Initiatoren und Verfasser der internationalen Flüchtlingskonvention und unterschrieb und ratifizierte diese schon 1951. Gleichzeitig ist Israel in den sechzig Jahren seines Bestehens den Verpflichtungen kaum nachgekommen, die der Ratifizierung dieser Konvention innewohnen. In all den Jahren erteilte Israel nur 150 Menschen einen Flüchtlingsstatus.

Angesichts der jüdischen Geschichte in Europa besitzt der Schutz von Asylsuchenden eine hohen Stellenwert in den

Augen vieler Israelis, nicht nur aus rechtlicher Perspektive, sondern als moralische Pflicht ersten Grades. Die Diskrepanz zwischen diesem hehren, theoretischen Selbstverständnis und der realen Flüchtlingspolitik jedoch könnte kaum größer sein: Die Entscheidungsträger betreiben noch heute keine kohärente Politik zur Aufnahme von Flüchtlingen und zur Prüfung ihres Status' und haben es versäumt, ein angemessenes System zur Aufnahme von Flüchtlingen aufzubauen oder deren Rechte gesetzlich festzulegen und zu sichern.

Tote und Verletzte

Stattdessen werden die Flüchtlinge – auch diejenigen, die Darfur und den langen, gefährlichen Marsch überlebt haben und in einem erschöpften Zustand beziehungsweise schwer krank in Israel angekommen sind – in der Regel zuerst für Monate und ohne Gerichtsverfahren oder rechtlichen Beistand ins Gefängnis gesteckt oder in Militärbasen in der Negev-Wüste festgehalten. Als Proteste von israelischen und internationalen Menschenrechtsorganisationen gegen diese Praxis laut wurden, entgegnete das Premierministerbüro: „Auch das ist Zionismus: Wenn wir Eindringlingen erlauben, sich in Israel niederzulassen, schaden wir der israelischen Lebensweise“. Weiter ertönt es aus dem Kabinett, Ägypten solle den Flüchtlingsstrom nach Israel unterbinden. Diesen Standpunkt vertrat dann Premier Olmert vehement bei Gesprächen mit Ägyptens Präsidenten Mubarak, woraufhin Ägypten seine Bemühungen, Flüchtlinge aus dem Grenzgebiet zu Israel fernzuhalten, verstärkte. Ägyptische Soldaten fingen an, auf Flüchtlinge zu schießen und töteten bis heute mehrere von ihnen, darunter Frauen und Kinder.

Dennoch steigen die Flüchtlingszahlen weiter an. Da die Kapazitäten der Gefängnisse mittlerweile erschöpft sind, werden Flüchtlingen nach einer Weile einfach irgendwo ausgesetzt mit der Auflage, sich nicht im Zentrum des Landes – hier ist vor allem Tel Aviv gemeint, wo ein Großteil der Migranten lebt – aufzuhalten. Sie erhalten vier- bis zwölfwöchige Aufenthaltsgenehmigungen. Immerhin werden sie nicht abgeschoben, falls ihnen im Herkunftsland Gefahr droht, doch da



Foto: Martin Link, Jenin Juni 2008

kein Asylverfahren eröffnet wird, bleibt ihnen der Zugang zum UN-Flüchtlingskommissariat verwehrt. Eine Aussicht, gar Anspruch auf eine längerfristige Regelung ihres Status besteht nicht: Sie bleiben also in einem labilen rechtlichen und zivilen Graubereich.

Offensichtlich ist die (fehlende) israelische Flüchtlingspolitik auf die Angst zurückzuführen, die Gewährung von Rechten für afrikanische Flüchtlinge könnte Tür und Tor öffnen für eine rechtlich untermauerte Forderung der mittlerweile Millionen von palästinensischen Flüchtlingen, die bei der Staatsgründung 1948 aus Israel flüchteten oder vertrieben wurden, und ihren Nachkommen nach einer Rückkehr in ihre Heimat.

Das Infiltrierungsgesetz

Der israelische Trick, durch den die Aufnahme von Flüchtlingen aus arabischen Ländern verhindert wird, heißt das Infiltrierungsgesetz. Dieses legt fest, dass Einwohner eines „feindlichen“ Staats kein Asyl in Israel erhalten dürfen. Dadurch wird es für Sudanesen, Iraker, Libanesen und Bürger anderer arabischer Länder unmöglich, in Israel Asyl zu erhalten. Flüchtlinge aus diesen Ländern finden sich für viele Monate, gar lange Jahre in israelischen Gefängnissen wieder. Sie werden zwar nicht ausgewiesen, doch erhalten sie nach ihrer Haftentlassung nicht einmal die

Migranten und Flüchtlinge werden als eine Gefahr für den Charakter des Staats und des demografischen Gleichgewicht wahrgenommen.

genannten kurzfristigen Aufenthaltsgenehmigungen, sondern lediglich einen Brief, der etwaigen israelischen Arbeitgebern von staatlicher Seite versichert, dass sie diese Menschen einstellen können, ohne sich dabei strafbar zu machen. Diese Praxis geht der Knesset offenbar nicht weit genug: Einem Antrag zur Verhängung von noch längeren Haftstrafen ist neulich in erster Lesung mit einer Mehrheit von 21 zu 1 zugestimmt worden.

Die israelische Immigrationspolitik und die Tatsache, dass Nichtjuden keinen legalen Status erhalten, trifft alle Migranten schwer: In Israel sind soziale Rechte, etwa Gesundheits- und Sozialsicherungsdienste, stark mit dem zivilen Status verbunden. Dass Migranten und Flüchtlinge als eine

Gefahr für den Charakter des Staats und des demografischen Gleichgewichts wahrgenommen werden, bedeutet, dass ihnen nicht nur politische Rechte abgesprochen werden, sondern dass ihnen der Zugang zu staatlichen Dienstleistungen vorenthalten wird und der Staat jedwede Verantwortung für sie ablehnt. Diese Politik verfolgt bewusst das Ziel, Migranten an der Integration zu hindern. Stattdessen sind sie gezwungen in einem abgetrennten System zu leben, das sie dazu verdammt, eine unterdrückte, arme und verletzte Randgruppe zu bleiben.

Integration und Einbürgerung stehen noch bevor

Israel hat zwar in letzter Zeit eine Reihe von positiven Schritten unternommen, darunter den Aufbau einer Einwanderungsbehörde, die Anerkennung von in Israel geborenen Migrantenkindern, sowie die Gewährung von befristeten Aufenthaltsgenehmigungen für Flüchtlinge aus Darfur. Die grundsätzlichen und komplizierten Herausforderungen, sprich die Integration und Einbürgerung von Nichtjuden, die Aufnahme von Flüchtlingen gemäß dem internationalen Recht und ohne Ansehen ihrer Herkunft, sowie der Aufbau einer Einwanderungspolitik, die nicht nur Juden berücksichtigt, stehen Israel noch bevor.



Foto: Fotoworkshop Freedom Theatre, Jenin 2008